

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 13.08.2025

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:44 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
Frau Koschig 1. Stellvertreterin
Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr, bittet die Stadträte, ihre Plätze einzunehmen und begrüßt alle Stadratsmitglieder sowie alle Zuschauer und Gäste.

2 Verpflichtung der Stadträtin zur Erfüllung ihrer Amtspflichten

Frau Larissa Wallner, Fraktion SPD, wird aufgrund der Neubesetzung folgende Verpflichtungserklärung abgenommen:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

3 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 41 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

4 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragt, den TOP 8.4 zur Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber und erwerbsfähige Leistungsberechtigte – gestellt von der AfD-Fraktion – in den Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales, den Haupt- und Personalausschuss und den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zu verweisen.

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, bringt ein, dass die Voraussetzungen nach § 48 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) nicht vorliegen und die Verweisung daher nicht zulässig sei. Er verweist auf die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, wonach zunächst eine Begründung des Antrags zu erfolgen habe und erst danach Geschäftsordnungsanträge wie Verweisung oder Vertagung möglich seien. Die von Stadtrat Kaßner vorgebrachte Bitte sei daher nicht umsetzbar, der Beratungsgegenstand müsse auf der Tagesordnung verbleiben und dürfe nicht einer inhaltlichen Auseinandersetzung entzogen werden.

Herr Rumpf, Stadtratsvorsitzender, erwidert, dass der Stadtrat sich mit dem Thema befassen wolle, und zwar in den zuständigen Ausschüssen. Er stellt klar, dass nach § 48 KVG LSA des Landes Sachsen-Anhalt ein Antrag einer Fraktion zu einer nicht vorberatenen Beschlussvorlage in die Ausschüsse zu verweisen sei. Das KVG LSA stehe dabei über der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse. Daher werde die Vorlage gemäß Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN in den Ausschuss Gesundheit, Bildung und Soziales, den Haupt- und Personalausschuss, den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus und den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege Dessau-Roßlau sowie alle Ortschaftsräte überwiesen und ist damit nicht mehr Teil der aktuellen Tagesordnung.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die Tagesordnung in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 32:09:00

5 Genehmigung der Niederschriften vom 28.05.2025 und 25.06.2025

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, beantragt, dass im Protokoll der Stadtratssitzung vom 28.05.2025 seine Wortbeiträge zum Thema Gendern und Beflagung des Rathauses wörtlich zitiert werden.

Dieser Änderungsantrag wird mit einer Stimmzahl von 13:25:03 abgelehnt.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, beantragt, dass die Wortbeiträge der AfD-Fraktion am 28.05.2025 wörtlich ins Protokoll aufgenommen werden.

Dieser Änderungsantrag wird mit einer Stimmzahl von 10:28:03 abgelehnt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf, stellt die beiden Niederschriften in der vorliegenden Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift vom 28.05.2025: 26:10:05

Niederschrift vom 25.06.2025: 28:09:04

6 Berichte des Oberbürgermeisters

Berichtszeitraum 29. Mai – 12. August 2025

- 30.07.: Unterzeichnung Durchführungsvertrag Bundesgartenschau 2035 im Tischbeinsaal, Genehmigung zuvor durch Kommunalaufsicht.
- 20.06.: Eröffnung Toni-Cragg-Ausstellung in der Orangerie, Schloss Georgium.
- 27.06.: Verleihung Architekturpreis im Bauhaus Museum Dessau.
- Übergabe mehrerer Zuwendungsbescheide durch Ministerpräsidenten zum 100-jährigen Jubiläum des Bauhauses.

Kommende Termine

- 09.09., 18:00 Uhr, Marienkirche: 1. Bürgerdialog zur Fortschreibung ISEK 2040.
- 14.09.: Tag des offenen Denkmals mit Fahrradtour.
- 19.09., 13:00–18:00 Uhr: Grundfest des Dessauer Handwerks.
- 20.09., 10:00–14:00 Uhr, Bauhaus Museum: Abschlussveranstaltung Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“.

Hinweis

- Weitere wesentliche Angelegenheit unter TOP 6.4.

6.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

- Dr. Reck berichtet über die Entscheidung des Stadtrats am 28. Mai zur Inhouse-Vergabe der Ladesäulenbetreiberkonzession an die DVV Stadtwerke.
- In der Sitzung am **25. Juni 2025** wurden folgende Beschlüsse gefasst:
- **Prüfung der Umsetzbarkeit eines Sanierungsgutachtens**
- **Abberufung der Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft**

- **Beschäftigungsverhältnisse** des Ärztlichen Direktors und des Verwaltungsdirektors am Städtischen Klinikum
- **Beschäftigungsverhältnis der Geschäftsführung am Medizinischen Versorgungszentrum**

6.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass eine Eilentscheidung zur Beschaffung von Microsoft Office 2024 Standard getroffen worden sei, da der Update-Zeitraum ansonsten nicht mehr hätte eingehalten werden können. Die Entscheidung sei unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeitsgrundsätzen erfolgt, über die Dringlichkeit sei der Stadtrat vorab informiert worden.

6.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass eine Eilentscheidung zur Beschaffung von Microsoft Office 2024 Standard getroffen worden sei, da der Update-Zeitraum ansonsten nicht mehr hätte eingehalten werden können. Die Entscheidung sei unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeitsgrundsätzen erfolgt, über die Dringlichkeit sei der Stadtrat vorab informiert worden.

6.4 Gedenken Herrn Stadtrat Michael Fricke

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck würdigt das Wirken des verstorbenen Stadtrats Fricke († 14. Juli) und erinnert an dessen politischen Einsatz und Verdienste für die Stadt. Anschließend wird eine Schweigeminute abgehalten.

7 Einwohnerfragestunde

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, und stellt fest, dass keine Meldungen vorliegen. Da auch keine spontanen Wortmeldungen erfolgen, schließt er den Tagesordnungspunkt.

8 Beschlussfassungen

8.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss **Vorlage: BV/230/2025/I-07**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, führt kurz in das Wahlverfahren ein. Er bittet die Stimmzählkommission die Stimmzettel auszuteilen und nach der Wahl wieder einzusammeln. Die Stimmzählkommission besteht aus Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum, Herrn Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum und Herrn Kellner, Fraktion CDU.

Der Stadtratsvorsitzende gibt nach Auszählung folgendes Ergebnis bekannt:

- 16 Ja-Stimmen
- 22 Nein-Stimmen und
- 3 ungültige Stimmen

Damit hat Herr Stadtrat Diederich die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt.

8.2 Neubesetzung von Ausschüssen und Aufsichtsräten **Vorlage: BV/221/2025/I-07**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, ruft den Tagesordnungspunkt auf und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, nachdem Wortmeldungen nicht erhoben werden.

Beschluss:

I. Auf Vorschlag der Fraktion werden folgende Ausschüsse neu besetzt:

1. Haupt- und Personalausschuss

Stimmberechtigtes Mitglied: Herr Ingolf Eichelberg
Stellvertretung: Herr Hans Tschammer

2. Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Gabriele Perl
Stellvertretung: Herr Hans Tschammer

3. Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Larissa Wallner
Stellvertretung: Herr Ingolf Eichelberg

4. Rechnungsprüfungsausschuss

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Larissa Wallner
Stellvertretung: Herr Hans Tschammer

5. Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege Dessau-Roßlau

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Larissa Wallner
Stellvertretung: Herr Robert Hartmann

6. Betriebsausschuss Eigenbetrieb DeKiTa

Stimmberechtigtes Mitglied: Frau Gabriele Perl
Stellvertretung: Frau Larissa Wallner

7. Ausschuss für Kultur und Sport

Stellvertretung: Herr Ingolf Eichelberg

8. Betriebsausschuss Städtisches Klinikum Dessau

Stellvertretung: Frau Gabriele Perl

II. Auf Vorschlag der Fraktion werden folgende Aufsichtsräte neu besetzt:

1. Dessauer Wohnungsbaugesellschaft

Mitglied: Herr Robert Hartmann

2. Industriehafen Roßlau GmbH

Mitglied: Herr Ingolf Eichelberg

3. WBD - Industriepark Dessau GmbH

Mitglied: Herr Hans Tschammer

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.3 Beitrittsbeschluss der Stadt Dessau-Roßlau zur Haushaltsverfügung
des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2025
Vorlage: BV/213/2025/II-20**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Ulbrich das Wort.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt aus, dass mit der Beschlussfassung der Beitritt zur Verfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2025 vorliege. Diese Zustimmung sei notwendig, um den Haushalt in Kraft zu setzen und die volle Handlungsfähigkeit der Stadt, insbesondere im investiven Bereich, sicherzustellen. Er erklärte, dass die Genehmigung des Haushalts unter Auflagen erfolge: die Kreditaufnahme werde um 11,7 Mio. Euro und die Verpflichtungsermächtigungen um 17,8 Mio. Euro reduziert, zudem sei eine haushaltswirtschaftliche Sperre in Höhe von rund 3,9 Mio. Euro einzurichten. Betroffene Investitionen würden dadurch nicht gestrichen, sondern auf das Jahr 2026 verschoben. Herr Ullbricht betonte die Notwendigkeit, die kommenden Haushaltsberatungen für 2026 zur Priorisierung der Maßnahmen zu nutzen. Mit der heutigen Zustimmung könne die Haushaltssatzung 2025 im September in Kraft treten, Planungssicherheit geschaffen, Fördermittel gesichert und weitere Verzögerungen vermieden werden. Abschließend warb er ausdrücklich um Zustimmung zu dem Beitrittsbeschluss im Interesse einer handlungsfähigen Stadt und einer soliden Prioritätensetzung für das kommende Jahr.

Herr Diederich, AfD-Fraktion, erklärt, dass das Landesverwaltungsamt bereits darauf hingewiesen habe, die Stadt müsse ihr Ausgabeverhalten überprüfen. Trotz fehlender Deckungsmittel von rund 137 Mio. Euro bis 2028 halte die Mehrheit des Stadtrates am Projekt Bundesgartenschau fest. Der Oberbürgermeister habe im Bewusstsein der schwierigen Finanzlage einen Durchführungsvertrag unterzeichnet, der zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt nach sich ziehe. Da Investitionen ohne eigene Kreditaufnahmen nicht möglich seien, führe dies zu weiteren Belastungen des Haushalts. Dies sei eine weitreichende und leichtfertige Entscheidung.

Er zitiert das Landesverwaltungsamt, das von einem „fortwährenden, rechtswidrigen Finanzgebaren ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen“ gesprochen habe. Durch das Festhalten an Prestigeprojekten werde die soziale und wirtschaftliche Stabilität der Stadt gefährdet. In der Beschlussvorlage seien hingegen Projekte enthalten, die dringend notwendig seien, etwa Sanierungen von Schulen und Sporthallen, Zuschüsse für Betreuungseinrichtungen oder Investitionen in die Infrastruktur der Ortschaften. Selbst das Landesverwaltungsamt zweifle daran, dass in Dessau-Roßlau von einer geordneten Haushaltswirtschaft ausgegangen werden könne.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, erklärt, dass der vorliegende Entwurf sehr konfliktreich sei und insbesondere im Bereich der freiwilligen Aufgaben stark polarisiere. Der späte Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung sei zudem äußerst unglücklich und für die Vorbereitung des Jahres 2026 hinderlich. Er betont, dass intern die Notwendigkeit der Bildung eines Vermittlungsgremiums diskutiert worden sei, um Härten im Bereich der freiwilligen Leistungen zu vermeiden. Der heutige Beschluss diene zwar in erster Linie der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Stadt, gleichwohl bleibe vieles auf der Strecke, was ursprünglich vorgesehen gewesen sei. Er äußert den Wunsch, bis zum Jahresende

trotz der schwierigen Lage gemeinsam kreative Entscheidungen zu treffen, die der Stadt möglichst nützen und Schaden weitestgehend vermeiden.

Herr Ratzmann, AfD-Fraktion, führt aus, dass die Einschätzung des Landesverwaltungsamtes eindeutig sei: Die Stadt sei weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt und die Aussichten für die kommenden Jahre seien noch schlechter. Dies sei keine Meinung, sondern ein Fakt. Dennoch rede man sich immer wieder ein, alles sei im Griff, dabei belüge man sich selbst. Der Beitritt zur Verfügung sei vielleicht das kleinere Übel, dürfe aber nicht der Anspruch des Stadtrates sein. Stattdessen brauche es einen ehrlichen Kassensturz und einen ausgeglichenen Haushalt, alles andere sei Kapitulation. Die Leistungsfähigkeit der Stadt sei begrenzt und Prestigeprojekte seien nicht mehr vertretbar. Ratzmann kritisierte, dass seit Jahren Investitionen geplant würden, von denen in der Realität nur die Hälfte umgesetzt werde, was sowohl ineffizient als auch weltfremd sei. Die kommenden Jahre würden weitere Belastungen durch Tilgung und Zinsen bringen.

Er zitiert aus den Unterlagen des Landesverwaltungsamtes, wonach der Stadt von 2025 bis 2028 Deckungsmittel in Höhe von rund 136,9 Mio. Euro fehlten und bereits 2025 ein Defizit von etwa 42,5 Mio. Euro bestehe. Auch in den Folgejahren seien enorme Defizite zu erwarten, die eine dauerhaft hohe Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten nach sich ziehen würden. Angesichts dieser Lage sei der Stadt dringend geraten worden, ihr Ausgabenverhalten kritisch zu überprüfen, insbesondere mit Blick auf die finanziellen Belastungen durch die Bundesgartenschau. Zwar wäre eine Beanstandung der Haushaltssatzung 2025 aufgrund der festgestellten Rechtsverletzungen möglich gewesen, man habe hiervon jedoch abgesehen.

Er betont, dass die Hinweise des Landesverwaltungsamtes deutlich machten, dass ein „Weiter so“ nicht möglich sei. Der Haushalt 2026 müsse genutzt werden, um Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und einen soliden, ehrlichen Haushalt aufzustellen. Wunschlisten und Schönrechnerei seien dabei nicht hilfreich.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die vorliegende Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, der Haushaltsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Haushaltssatzung 2025 vom 14.07.2025 (Az:206.4.1-10402-de-hh2025) beizutreten.

Diese beinhaltet:

1. Von einer Beanstandung des Beschlusses zur Haushaltssatzung 2025 wird abgesehen.
2. Die Genehmigung für den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird nur bis zu einer

- Höhe von 30.374.100 EUR erteilt. Im Übrigen wird die Genehmigung versagt.
3. Der in § 3 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 55.793.400 EUR, der vollständig der Genehmigung bedarf, wird nur in Höhe von 37.957.700 EUR genehmigt. Im Übrigen wird die Genehmigung versagt.
 4. Es wird angeordnet, dass durch den Oberbürgermeister mit Vollziehbarkeit der Haushaltssatzung eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu verfügen ist, die sicherstellt, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gegenüber dem in Finanzhaushalt ausgewiesenen Betrag um mindestens 3.968.000 EUR verbessert wird.

2. Die geänderte Haushaltssatzung 2025 gemäß Anlage 3 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 30:09:02

8.4 Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber und erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld **Vorlage: FV/011/2025/AfD**

Die Beschlussvorlage wurde, aufgrund der Verweisung in mehrere Fachausschüsse, von der Tagesordnung genommen.

9 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erklärt, dass mit der Zustimmung zum Beitritt zur Verfügung des Landesverwaltungsamtes als nächster Schritt eine Haushaltssperre zu verhängen sei. Diese solle eine Ergebnisverbesserung von rund 3,9 Mio. Euro bewirken und damit die Handlungsfähigkeit der Stadt sichern. Konkret bedeute dies, dass die Haushaltsansätze zunächst nur zu 60 Prozent freigegeben und zu 40 Prozent gesperrt seien, wie bereits im Vorjahr.

Ausgenommen von der Sperre seien rechtlich bindende Verträge, geförderte Projekte ab einer Förderquote von 65 Prozent sowie Investitionsvorhaben mit Förderpriorität. Ebenfalls nicht betroffen seien die gesetzliche Kinderbetreuung, der Unterhalt von Straßen und Gebäuden, vorbereitende Maßnahmen für die Bundesgartenschau, die Vereinsförderung und die Ortschaftsbudgets auf dem Niveau des Rechnungsergebnisses 2024.

Herr Beigeordneter Ulbrich betont, dass die Sperre ein notwendiges Signal zur Wahrung der Haushaltsdisziplin und zur Konsolidierung des Haushalts sei. Weitere Informationen würden in den Ausschüssen erfolgen.

Herr Hoffmann, fraktionsloses Mitglied, fragt nach, ob die von Herrn Ulbrich genannten Förderprogramme mit einer Förderquote von über 65 Prozent auch für die Freiwilligenagentur gelten würden. Diese habe einen deutlich höheren Fördersatz, die Zuwendungsbescheide des Landes lägen bereits vor und das Projekt sei bis 2028 festgelegt. Er wollte wissen, ob dies somit positiv beschieden werde.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, äußert die Kritik, dass die Ausführungen von Herrn Ulbrich zur 60 Prozent-Regelung unklar seien. Er fragt konkret nach, ob dies bedeute, dass die Ortschaften und Vereine trotz der Aussage, sie sollten nicht leiden, erneut nur 60 Prozent ihrer Mittel erhalten würden. Am Beispiel Meinsdorf erläutert er, dass im vergangenen Jahr von den vorgesehenen 11.000 Euro lediglich rund 7.000 Euro zur Verfügung standen und an die Vereine verteilt werden konnten. Er befürchtet, dass sich dieses Szenario in diesem Jahr wiederholen werde und kommentiert dies kritisch.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, fragt, ob für die Investitionsmaßnahme Mühlenstraße im Ortschaftsrat ein erneuter Beschluss gefasst werden müsse oder ob diese automatisch in die Haushaltsplanung für 2026 übernommen werde. Zudem weist er darauf hin, dass auf der Liste der unabwendbaren Maßnahmen auch Vorhaben von existenzieller Bedeutung für bestimmte Stadtteile stünden. Als Beispiel nennt er die Grundwasserabsenkung im Zoberberg und bittet zu prüfen, ob hierfür eine Mittelumschichtung möglich sei. Ohne diese Maßnahme würden sowohl der Stadtteil Alten als auch das Krankenhaus unter erheblichen Vernässungen leiden. Abschließend bittet er um die Beantwortung seiner Frage zur Investitionsmaßnahme.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass die Grundwasserabsenkung im Zoberberg nach der geltenden Haushaltssperre betroffen sei, da es hierfür keine Fördermittel gebe. Sie führt aus, dass grundsätzlich weiterhin Anträge über einen Maßnahmenbeschluss gestellt werden könnten. Dabei müsse geprüft werden, ob Fördermöglichkeiten vorhanden seien, der dokumentierte Bedarf dargestellt und die Anforderungen mit Mindestanforderungen sowie Abweichungen abgeglichen würden. Bei der Grundwasserabsenkung könne dies durchaus möglich sein, wobei insbesondere Folgekosten und Restbuchwerte zu berücksichtigen seien. Letztlich müsse das Verfahren jedoch in einem Maßnahmenbeschluss münden.

Herr Stadtrat Mrosek erklärt, dass sich die Situation im Jahr 2026 nicht anders darstellen werde als 2025. Maßnahmen, die aktuell auf die Streichungsliste gesetzt würden, kämen im nächsten Haushalt wieder hinein und würden dann erneut gestrichen. Dieses ständige „Ping-Pong“ dürfe nicht so weitergehen, wie auch sein Kollege Ratzmann bereits angemahnt habe.

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied, erinnert zunächst daran, dass im kommenden Jahr durch Mittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen eine gewisse Entlastung bei Investitionsmaßnahmen zu erwarten sei und dies bei den Planungen berücksichtigt werden solle. Anschließend verwweist er auf einen Artikel der

„Mitteldeutschen Zeitung“ vom 24.07.2025, in dem berichtet wurde, dass nur noch wenige Flüchtlinge nach Dessau-Roßlau kämen. Er stellt dar, dass im Finanzausschuss des Landtages bereits im November 2024 über eine überplanmäßige Ausgabe für unbegleitete minderjährige Ausländer beraten worden sei, bei der erhebliche Summen zusätzlich bewilligt wurden.

Dabei sei ihm vom Sozialministerium erläutert worden, dass Kommunen Kosten bis zu vier Jahre rückwirkend geltend machen könnten. Im Zusammenhang mit den Angaben der Stadtverwaltung, dass aktuell keine Zahlen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Dessau-Roßlau vorlägen, fragt er, wie auf dieser Basis eine verlässliche Abrechnung gegenüber dem Land erfolgen könne und wie sichergestellt werde, dass es nicht zu Doppelabrechnungen komme.

Herr Kellner, Fraktion CDU, verlässt die Stadtratssitzung und die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 40 stimmberechtigte Mitglieder.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erklärt, dass die Berichterstattung mit großem Interesse verfolgt worden sei und die Zahlen zwar insgesamt rückläufig seien, dies jedoch nicht für unbegleitete minderjährige Geflüchtete gelte. Für diesen Bereich würden die Zahlen sehr wohl erhoben, da die Jugendlichen aufgrund von Zuweisungen untergebracht würden und eine genaue Erfassung daher notwendig sei. Sie kündigt an, die Anfrage schriftlich zu beantworten und dies mit ihrem Kollegen, Herrn Deckert, abzustimmen. Zudem will sie den Zeitungsbericht noch einmal prüfen, da dort möglicherweise etwas anders dargestellt worden sei als von der Verwaltung kommuniziert.

Herr L. Nothdurft, AfD-Fraktion, erklärt, dass er am 2. August die Veranstaltung „Roßlau rockt“ besucht habe, um sich selbst ein Bild zu machen und persönliche Gespräche zu führen. Er führt aus, dass auch Frau Bürgermeisterin und Frau Sozialdezernentin Hachmann teilgenommen, die Veranstaltung gelobt sowie Grüße von Stadt und Verwaltung überbracht hätten. Zudem habe Frau Hachmann die Partnerschaft mit der Stadt Dessau-Roßlau betont, zukünftige Zusammenarbeit zugesagt und Förderung in Aussicht gestellt.

Er kritisiert, dass das Auftreten einiger Teilnehmer und Redner im Widerspruch zum Motto „Roßlau rockt für Vielfalt und Toleranz“ gestanden habe. Er verweist auf T-Shirts mit antifaschistischen Symbolen, Aufschriften wie „Hate you“, „Ficken, Saufen, nicht zur Arbeit gehen“ sowie Solidaritätsbekundungen für die als linksextrem verurteilte Lina Engel. Auch eine in Roßlau verübte Gewalttat im Jahr 2019 sei in diesem Zusammenhang angeführt worden. Zudem hätten Redner wie Niki Zionow die örtlichen Behörden der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten verdächtigt und die AfD diffamiert. Inhalte wie diese sowie entsprechende Liedtexte seien mit dem Anspruch eines familienfreundlichen Festes unvereinbar. Er macht deutlich, dass er sich von Frau Hachmann als anwesender Sozialdezernentin in ihrem Grußwort einen kritischen Beitrag zu diesen Vorgängen erwartet hätte. Abschließend fragt er sie, warum sie in ihrer Funktion an dieser politischen Demonstration teilgenommen und dabei öffentlich die Partnerschaft gewürdigt sowie für die Zukunft eine Zusammenarbeit zugesagt habe.

Frau Beigeordnete Hachmann erklärt, dass sie zwar anwesend gewesen sei, jedoch kein Grußwort gehalten, sondern lediglich auf eine spontan gestellte Frage geantwortet habe. Dabei könne es vorkommen, dass sie nicht auf alle Aspekte eingehe. Sie stellt klar, dass am 2. August zwei unterschiedliche Veranstaltungen stattgefunden hätten: Die Podiumsdiskussion, die aus Mitteln der „Partnerschaft für Demokratie“ finanziert worden sei, und „Roßlau rockt“, das ausschließlich durch Spenden getragen worden sei. Die von Herrn Nothdurft beschriebenen T-Shirts seien ihr nicht aufgefallen und sie sehe es auch nicht als ihre Aufgabe an, die Kleidung der Gäste zu kontrollieren. Vielmehr habe sie viele glückliche Menschen wahrgenommen, die sich für die Veranstaltung bedankt hätten. Auf die Frage nach ihrer Teilnahme führt sie aus, dass sie in Dessau-Roßlau lebe und es selbstverständlich sei, als Sozialdezernentin und Bürgerin an solchen Veranstaltungen teilzunehmen.

Herr Stadtrat L. Nothdurft stellt klar, dass Frau Hachmann die Sprechchöre während seines Grußwortes ebenfalls gehört habe und ihr das Auftreten sowie die Aggressivität der antifaschistischen Teilnehmer daher bewusst gewesen sein müsse. Er fragt sie, ob sie künftig sensibler auf die Umstände solcher Veranstaltungen achten und insbesondere auf nicht hinnehmbare Gewalt- und Solidaritätsbekundungen für verurteilte Straftäter reagieren werde.

Frau Beigeordnete Hachmann, erklärt, dass sie keinen Zusammenhang zwischen den Ausführungen von Herrn Nothdurft und ihrer Tätigkeit sehe. Wäre sie bei der Polizei, könnte sie dazu Stellung nehmen, doch in ihrer Funktion als Sozialdezernentin bitte sie darum, beim Thema zu bleiben. Sie betont erneut, dass nur die erste Veranstaltung aus Mitteln der „Partnerschaft für Demokratie“ finanziert worden sei, während sie zur anderen Veranstaltung keine Angaben machen könne. Sie habe am ersten Teil der Veranstaltung in offizieller Funktion teilgenommen und sei danach als Privatperson etwas länger geblieben. Alles Weitere könne sie nicht beantworten.

Herr Stadtrat L. Nothdurft fragt nach, ob er Frau Hachmanns Antwort so verstehen dürfe, dass sie trotz ihres Amtes, in dem sie für Familien und Kinder zuständig sei, auch künftig in einem solchen fragwürdigen Umfeld auftreten werde. Er betont, dass zwar manches an der Veranstaltung schön und nett gewesen sei, er sich jedoch mehr Miteinander und weniger Konfrontation wünsche. Zudem äußert er den Wunsch, dass Frau Hachmann als Gesicht der Stadt künftig stärker mit positivem Vorbild vorangehe.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will zur Sachlage zurückkehren und stellt mit Bestürzung fest, dass die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten erneut ausgeschrieben worden sei, nun bereits fünf Monate nach der letzten Ausschreibung. Er betont, dass er das Thema nicht an dieser Stelle, sondern in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am kommenden Dienstag behandeln wolle. Dafür habe er zwei Fragekataloge vorbereitet, die er den Beigeordneten übergebe,

mit der Bitte, diese bis Dienstag kurz und knapp zu beantworten, um eine Grundlage für die Diskussion zu schaffen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, führt aus, dass er selbst vor einigen Jahren auf der von Herrn L. Nothdurft kritisierten Veranstaltung gesprochen habe und dies gerne getan habe. Anschließend erinnert er an seine Anfragen in der Stadtratssitzung vom 28.05. zur Entwicklung der Ehrenamtskarte seit 2019, für die die Antwort im Juni zugesagt gewesen sei, bisher aber nicht eingegangen sei. Er bittet darum, diese bis zum 01.09. vorzulegen. Ebenso erinnert er an seine Anfragen vom 25.06. zu den Beschlussvorlagen „Baumpatenschaften“, „Erstwohnsitzprämie“ und „Notfalldose“ mit den Zahlen seit 2023, deren Beantwortung für Juli angekündigt gewesen sei, aber noch fehle. Auch hierfür bittet er um Vorlage bis zum 01.09.

Herr Kaßner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass die Frage von Herrn Mrosek beantwortet hätte werden können, wenn diese konkret gestellt worden wäre. Er kritisiert, dass es Herrn Mrosek offenbar darum gehe, Personen zu diskreditieren, und bezeichnet es als grenzwertig, die Parkplatzsituation beim Ausländerfest thematisiert zu haben.

An Herrn L. Nothdurft gerichtet führt er aus, dass „Roßlau rockt“ von zwei engagierten Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen worden sei, die nach ihrem Zuzug nach Roßlau massiven rechtsextremen Anfeindungen bis hin zu Sachbeschädigungen ausgesetzt gewesen seien. Anstatt aufzugeben, hätten sie ein Netzwerk gegründet und eine offene Veranstaltung für alle organisiert. Er betont, dass auch Herr Nothdurft von dieser Offenheit profitiert habe, indem er dort sprechen durfte. Unverständlich sei für ihn daher, dass Herr Nothdurft die Veranstaltung nun negativ darstelle, zumal er dort als Mitglied einer vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei auf einer vermeintlich linken Veranstaltung sprechen durfte.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erklärt, dass er ursprünglich aufgrund des Gedenkens an den verstorbenen Kollegen Michael Fricke nicht habe sprechen wollen und sich gewünscht hätte, dass auch andere Zurückhaltung geübt hätten. Angesichts zahlreicher sprachlicher Entgleisungen seitens der AfD sehe er sich jedoch gezwungen, das Wort zu ergreifen. Diese Vorfälle zeigten zugleich, warum Michael Fricke dem Stadtrat künftig fehlen werde.

Er dankt Frau Hachmann ausdrücklich für ihr Engagement, unabhängig davon, ob dieses privat oder dienstlich erfolgt sei, und fordert Herrn Nothdurft auf, Ruhe zu bewahren. Er betont, dass es erschreckend sei, wenn Mitglieder einer rechtsextremen Partei nahezu unwidersprochen fordern, sich vom Antifaschismus zu distanzieren. Stattdessen sollten sich alle Anwesenden gemeinsam vom Faschismus und Rechtsextremismus distanzieren, da dies die bessere Lösung sei.

Herr Stadtrat L. Nothdurft erklärt, dass in Roßlau mit der Interimslösung der Zerbster Brücke zwar ein wichtiger Schritt gelungen sei und dankt der Roßlauer Schiffswerft für den Bau. Er weist jedoch darauf hin, dass die Fahrbahn mit sechs Metern Breite bei zwei Spuren für den Lkw-Verkehr problematisch sei, da sich durch

die Breite der Fahrzeuge einschließlich Spiegel ein Bedarf von 6,10 Metern ergebe. Er äußert die Sorge, dass hier eine Gefahrenstelle entstehen könne, und spricht von einer planerischen Fehlleistung. Gleichzeitig betont er, dass dies den Druck erhöhe, nun endlich die eigentliche Ersatzbrücke zu errichten. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich nach dem Stand der Gespräche mit dem Land in Magdeburg und fordert, dass seitens der Stadt Druck ausgeübt werde, damit die geplante Ersatzbrücke zeitnah verwirklicht werde.

Frau Beigeordnete Lohde, erklärt, dass sie den langen Presseartikel zur Behelfsbrücke zwar zur Kenntnis genommen habe, dessen Bewertung aber die gemeinsamen Anstrengungen und die Freude über die Fertigstellung der Brücke zunichtemache, was sie bedauert. Sie betont, dass Behelfsbrücken standardmäßig mit sechs Meter breiten Fahrbahnen gebaut würden, wie auch im vorliegenden Fall. Eine Probefahrt sei durchgeführt worden, um die Situation im ungünstigsten Fall zu prüfen, und die Ergebnisse seien in der Presse dargestellt worden.

Sie erläutert, dass die Engstelle nicht allein aus der Brücke resultiere, sondern aus den Verkehrsströmen durch die Umleitungen. Zudem sei auch die alte Brücke bereits schwierig zu befahren gewesen. Zur Verbesserung der Situation kündigt sie an, Reflektoren einzubauen und die Geschwindigkeit herabzusetzen, um insbesondere Lkw-Fahrern die Orientierung zu erleichtern. Sie hebt hervor, dass mit der Probefahrt mehr getan worden sei, als erforderlich gewesen wäre, und wirbt darum, die Brücke trotz der Enge als positiven Fortschritt wahrzunehmen.

Zum weiteren Vorgehen erklärt sie, dass man im Austausch mit der Landesbehörde stehe und der Leiter des Landesbetriebs Straßenbau zur Einweihung anwesend sein werde, um Fragen gemeinsam zu klären. Da die Finanzierung im Bundeshaushalt abgebildet werden müsse, sei es wichtig, gemeinsam dranzubleiben, wozu auch der Ortschaftsrat beitragen könne.

Herr Schöнемann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, erläutert, dass im MZ-Artikel vom selben Tag seitens des Arbeitskreises Sportgeschichte bemängelt worden sei, dass im Vorjahr keine angemessene Würdigung von Sportlern wie dem Silbermedaillengewinner Reinars Uscins erfolgt sei. Er bittet daher darum, dies in diesem Jahr nachzuholen und die beiden Olympiateilnehmer der Stadt symbolisch in das Ehrenbuch der Stadt einzutragen. Dies könne seiner Ansicht nach im Vorfeld eines Lokalspiels in der ZHB-Halle geschehen, um eine entsprechende Resonanz und Würdigung zu erreichen. Er fragt, ob eine solche Unterstützung seitens der Verwaltung möglich sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Würdigung der Olympiateilnehmer nicht am Engagement der Stadtverwaltung gescheitert sei, sondern an organisatorischen Schwierigkeiten. Es habe mehrere Versuche und Kontakte gegeben, um einen Termin in der Arena zu ermöglichen, die sich jedoch als nicht umsetzbar erwiesen hätten.

Er betont, dass die Kritik aus dem Arbeitskreis Sportgeschichte in diesem Punkt nicht fair sei, da auch gemeinsam mit Herrn Schöнемann, seinem Amtsvorgänger und weiteren Engagierten intensiv versucht worden sei, eine Lösung zu finden. Da ein

aktiver Spieler im laufenden Spielbetrieb eingebunden sei, müsse darauf Rücksicht genommen werden. Er schlägt vor, einen neuen Versuch zu starten, sobald sich die Termine besser abstimmen ließen, und versichert, dass die Stadt die Ehrung selbstverständlich gerne unterstütze.

Herr Diederling, AfD-Fraktion, führt aus, dass die Kommunen in Deutschland für die Einbürgerung zuständig seien und der Oberbürgermeister regelmäßig über die Anzahl der eingebürgerten Mitbürger in Dessau-Roßlau berichtet. Er erinnert daran, dass Antragsteller für eine Einbürgerung verschiedene Kriterien erfüllen müssten, darunter die Sicherung des Lebensunterhalts, ausreichende Deutschkenntnisse, das Bestehen des Einbürgerungstests sowie Straffreiheit.

Der Lebensunterhalt müsse dabei ohne den Bezug von Sozialleistungen gewährleistet sein. Da das Staatsangehörigkeitsgesetz neben der Anspruchseinbürgerung auch die Ermessenseinbürgerung nach § 8 StAG vorsehe, bei der von der Verpflichtung zur Unterhaltsfähigkeit abgesehen werden könne, fragt er konkret nach, für wie viele der im Jahr 2024 und 2025 eingebürgerten Personen die Ermessenseinbürgerung angewendet worden sei und in wie vielen Fällen dabei auf die Verpflichtung zur Unterhaltsfähigkeit verzichtet wurde. Insbesondere möchte er wissen, wie viele neu Eingebürgerte Sozialleistungen nach SGB II erhalten.

Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Diederling wird schriftlich nachgereicht.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird **Nichtöffentlichkeit** hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 17:44 Uhr.

Dessau-Roßlau, 29.10.25

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer

